

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

DAMIT WIR UNS RICHTIG VERSTEHEN:

Ohne **DEUTSCH** keine Sozialleistungen

MANFRED HAIMBUCHNER

Die Menschen. Das Land. Meine Berufung.

Impressum: FPÖ ÖÖ · Bilienstr. 21/1 · 4040 Linz

Themenschwerpunkt:

**Sprache ist
Schlüssel
zur Integration**

Seite 2/3

Herbst 2015:

**Haimbuchner ist
Spitzenkandidat
der FPÖ ÖÖ**

Seite 5

Rauchverbot:

**Nein zur Bevormundung –
Unterstützen Sie die
Petition**

Seite 14/15



Sanktionen für Integrationsverweigerer

Wer unsere Sprache nicht lernen will, verweigert die Integration. Dies ist für FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner ein wichtiger Gradmesser dafür, ob ein Zuwanderer sich in unserem Land einleben will.

In vielen Orten, so etwa in Linz, Wels, aber auch in Traun, gibt es Parallelgesellschaften. „Integrationsunwillige leben in einer Art Ghetto, brauchen kaum Deutsch im Alltag, weil das Lebensmittelgeschäft, aber auch der Arzt ihre Sprache spricht“, kritisiert die FPÖ diese Entwicklung, dass in unserem Bundesland bereits mehr als jeder sechste Bürger einen Migrationshintergrund hat. Oftmals ist der Grund für die Zuwanderung in unser Land einfach: es sind die Vorzüge unseres Sozialstaates. Die Folgen spüren die Oberösterreicher im Alltag. Schulklassen mit Kindern, die dem Unterricht mangels Sprache nicht folgen können. Lehrerinnen, die von den Buben nicht als Autoritätsperson akzeptiert werden. „Wir wollen, dass unsere Tradition, unser Brauchtum und unsere Kultur erhalten bleiben. Dazu gehört das Kruzifix im Klassenzimmer ebenso wie der Schweinsbraten am Teller. Dazu gehört

aber auch, dass wir nicht im voreiligen Gehorsam und aus falsch verstandener Toleranz von unseren Bräuchen abweichen. Im Gegensatz zu den Einheimischen gibt es für Zuwanderer im Gutmenschentum offensichtlich keinerlei Regeln und Vereinbarungen, an die sie sich zu halten haben“, spricht sich Haimbuchner dafür aus, dass es endlich zu einer Integrationsvereinbarung kommen muss, die diesen Namen auch zu Recht trägt.

■ Regeln einhalten

„Absichtserklärungen sind zu wenig. Wer nach jahrelangem Aufenthalt in unserem Land noch immer nicht unsere Sprache erlernt hat, sodass er sich zumindest mit einfachen Worten verständigen kann, ist integrationsunwillig. Wer unsere Regeln nicht befolgt und etwa seinen Kindern


die Teilnahme am Schwimm- und Turnunterricht in der Schule verwehrt, bricht unsere Regeln. Die Menschen erwarten sich, dass es endlich zu Konsequenzen kommt. Das geht offenbar nur mit finanziellen Auswirkungen.

Die Zeiten des Redens sind vorbei. Wer sich nicht integriert, soll nicht den vollen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Was spricht dagegen, diese als ‚Erziehungsmittel‘ zum Wohle der Integration endlich einzusetzen?“, regt Haimbuchner an, dass man die verfehlte Integrationspolitik der letzten Jahre endlich schubladisiert. „Rot und Grün sollen aufwachen – die Realität sieht anders aus. Wir brauchen keine Strick- und Backkurse für Zugewanderte, wir müssen ihnen mit dem Erwerb der Sprache ermöglichen, dass sie aktiver Teil unserer Gesellschaft werden.“




Deutsch als Schlüssel zur Integration

Im Mai letzten Jahres haben die Genossenschaften in Oberösterreich ihre Vergaberichtlinien geändert. Nunmehr müssen Nicht-EU-Bürger Deutschkenntnisse nachweisen, um eine geförderte Wohnung zu erhalten. Seit September 2014 gilt dies auch für die Vergabe von Gemeindewohnungen der Stadt Wels.


 Was war der Grund für diese Änderung?

Haimbuchner: Für eine gute Nachbarschaft ist es notwendig, dass man miteinander sprechen kann. Der Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache stellt dies sicher. Es ist schwierig, sich an die Hausordnung zu halten, wenn man diese nicht versteht.

 Denken Sie, dass ein solches Vorgehen der richtige Schritt ist?

Haimbuchner: Auf jeden Fall. Nur durchs Reden kommen die Leut' zam. Man muss den Weg des For-


derns und des Förderns gehen. Letztendlich muss jemand eine Sanktion spüren, sonst gibt es für ihn überhaupt keinen Anreiz, sich zu integrieren. Und Integration erfolgt hauptsächlich über die Sprache.

 In Wels wurden die Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen der Stadt

geändert. Auch hier sind nun Deutschkenntnisse für eine Wohnung nötig.

Haimbuchner: Ich stimme mit FP-Wohnbaureferent Dr. Andreas Rabl überein: Nicht EU-Bürger müssen in

Wels mindestens zehn Jahre wohnen, um Anspruch auf eine Gemeindewohnung zu haben. Da kann man dann doch bitte Deutschkenntnisse erwarten. Und wenn jemand zum Sprechtag mit einem Dolmetscher kommt, dann ist wohl mehr als deutlich erkennbar, dass er keine ausreichenden Sprachkenntnisse hat.

 Was ist das nächste Ziel?

Haimbuchner: Ich will erreichen, dass diese Richtlinie der Genossenschaften langfristig gesetzlich verankert wird. Dass dies machbar ist, zeigt ja ein von Prof. Hauer von der Linzer Uni erstelltes Gutachten.







DAMIT WIR UNS RICHTIG VERSTEHEN:

Ohne DEUTSCH keine Wohnung

MANFRED HAIMBUCHNER

Die Menschen. Das Land. Meine Berufung.

Weiterhin hohe Wohnbauleistung in Oberösterreich

Auch 2014 ist es gelungen, die Wohnbauleistung in Oberösterreich auf hohem Niveau zu halten. „Die Anzahl der Neubauten ist stabil und ein Garant dafür, dass Wohnungen leistbar bleiben“, zieht Wohnbau-Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner Bilanz. Zudem wirke dies auch kostendämpfend auf den privaten Sektor.

Haimbuchner zeigt auf, dass er im Baurecht bereits den größten Unfug aus der Welt schaffen konnte: „Allerlei unnötiger ‚Schnickschnack‘ aus dem Baurecht zwingt dazu, viel zu teuer zu bauen. Manchmal habe ich das Gefühl, dass Menschen ein Mercedes aufge-

stückpreise und Schwierigkeiten für Häuslbauer, mangels Bonität und Bereitschaft der Banken, Kredite zu bekommen. Dazu kommt, dass mit dem derzeit niedrigen Zinsniveau mehr Haushalte als früher auf die Förderung verzichten und frei finanziert bauen“, verweist Haimbuchner darauf, dass die Lage in Oberösterreich im Bundesländervergleich wesentlich besser ist.

Bei den Wohnungen gab es im vergangenen Jahr einen Anstieg um 12 Prozent auf 2.325 Einheiten. Bereits fertig ist das Bauprogramm für 2015 mit 2.403 Wohnungen. „Je früher wir diese Projekte angehen, umso schneller können wir die Konjunktur ankurbeln und wichtige Arbeitsplätze schaffen und sichern“, appelliert Haimbuchner an Gemeinden und Behörden, Verfahren rasch abzuwickeln. „Ich werde weiterhin nicht zulassen, dass die Wohnungspreise durch die Decke gehen. Mit der Initiative ‚Junges Wohnen‘ erwarte ich mir auch eine spürbare Entlastung für Menschen unter 35. Ich freue mich, dass wir dieses Projekt parteiübergreifend umsetzen konnten. Die ersten Vorhaben sind bereits in Planung und schon bald darf ich Ihnen baureife Anlagen präsentieren“, so der FP-Wohnbaulandesrat.

zwungen wird, die eigentlich nur einen soliden Golf haben möchten – und auch nur den bezahlen wollen und können.“ Langfristiges Ziel ist es, pro Jahr den Bau von 2.500 Einfamilienhäusern zu fördern. Im Jahr 2014 wurden jedoch nur 1.901 Projekte gefördert, im Vergleich zum Vorjahr 2013 ein Rückgang um 10 Prozent. Ein Grund für die geringere Bautätigkeit sieht der Wohnbaureferent in der unsicheren Wirtschaftslage. „Die größte Rolle spielen die stark gestiegenen Grund-



Wohnbau schafft Arbeitsplätze



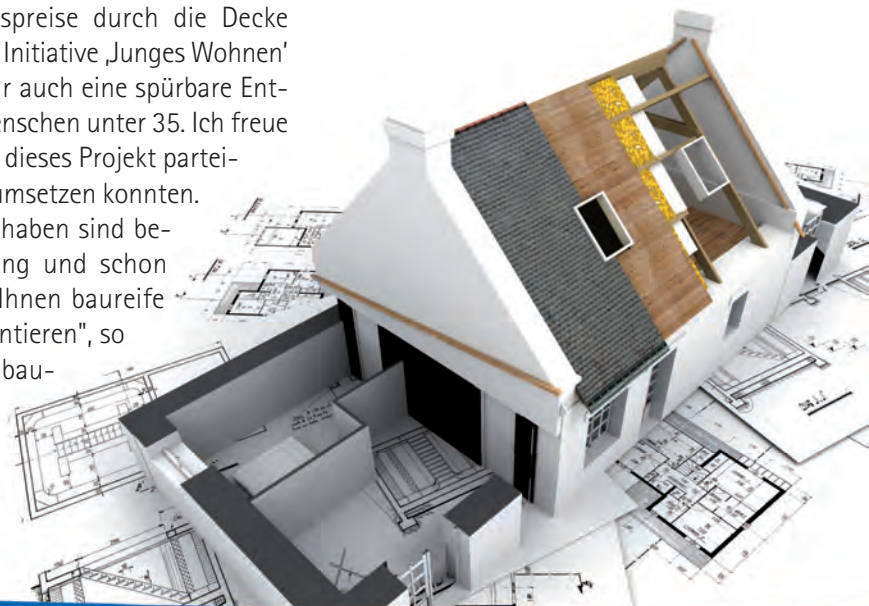
Eine investierte Million Euro an Förderungsausgaben im Neubau schafft 60 Arbeitsplätze. Mit durchschnittlichen Förderungsausgaben von 365 Millionen Euro pro Jahr werden in Oberösterreich rund 21.900 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Im Bereich der Sanierung sichert eine Million an Förderungen 40 Arbeitsplätze. Somit werden hier mit den rund 197 Millionen Euro im Jahr in Oberösterreich rund 7.880 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert.

Wohnbau-Bilanz 2014



1.901 Häuser: Den Bau von 1901 Eigenheimen hat das Land gefördert (minus 10 Prozent).

2.325 Wohnungen: Im Zuge des Landes-Bauprogramms wurde die Errichtung von 2.022 Miet- und 303 Eigentumswohnungen gefördert, also 2.325 Einheiten (plus zwölf Prozent). Außerdem: 11.685 Wohnungs-sanierungen (plus 4 Prozent).





Landtagswahl:

Haimbuchner führt bewährtes Team an

Manfred Haimbuchner führt als Spitzenkandidat im Herbst die FPÖ in die Landtagswahl. Das beschloss der Landespartei Vorstand einstimmig.

Auf Platz zwei kandidiert der langjährige FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner. „Wir treten mit unserem bewährten Team an“, gibt Haimbuchner bekannt, dass die FPÖ auf Kontinuität und Beständigkeit setzt. Die bisherige Mannschaft habe gut gearbeitet und sich bewährt. Bei der Listenerstellung – auch in den Wahlkreisen – wurde berücksichtigt, dass die aktuellen Landtagsabgeordneten sich über Direkt- und Restmandate wiederfinden sollten. In den Wahlkreisen gebe es allerdings schon neue Namen von jungen Leuten, aber bereits mit politischer Erfahrung.

Klar definiert ist von Haimbuchner auch das Ziel für die Landtagswahl: „Wir wollen den zweiten Platz vor der SPÖ und einen zweiten Regierungssitz“, zeigt Haimbuchner auf, dass der Abstand zwischen SPÖ und FPÖ noch nie so gering war wie in den Umfragen der letzten Monate. Auch in Wels kann es gelingen, mit Dr. Andreas Rabl nach den Wahlen im September den Bürgermeister zu stellen. Unser Wahlgegner wird aber nicht nur die SPÖ sein, die sich in Oberösterreich nur mehr mit Randgruppen-Themen auseinandersetzt. Natürlich spiele auch

die Bundespolitik mit Kanzler Faymann eine Rolle. „Der Rückenwind aus der Bundespolitik ist einzig für die FPÖ derzeit von Vorteil.“

■ OÖ braucht einen Wechsel

Der FPÖ-Landesrat ist mit seinen derzeitigen Zuständigkeiten für Wohnbau, Naturschutz und Sparkassenaufsicht zufrieden. Für die Zuständigkeit bei einem weiteren Regierungssitz „fällt uns sicher viel Gutes ein“. Klubobmann Steinkellner regt auch Änderungen in der Aufteilung der Zuständigkeiten in der Landesregierung an. „Das Finanzressort sollte Kontrollfunktion haben und nicht wie bisher bei Landeshauptmann Pühringer mit Kultur und Gesundheit kombiniert sein“, spricht sich Steinkellner auch dafür aus, die Bereiche Gemeinden, aber auch Öffentlicher Verkehr und Straßenbau nicht länger auf je zwei Regierungsmitglieder aufzuteilen. Ein weiteres Anliegen ist der FPÖ, die direkte Demokratie auszubauen.

Der FPÖ sei es gelungen, „dass wir uns von einer

Protestpartei zu einer lösungsorientierten Partei entwickelt haben. Ich fühle mich in unserem Heimatland Oberösterreich wohl. Daher werde ich weiterhin mit aller Kraft für unser Bundesland arbeiten. Ich sehe noch viele Aufgaben und wir sind noch lange nicht dort, wo die FPÖ in Oberösterreich sein soll. Das Land braucht einen Wechsel. Den wird es im kommenden Herbst in Oberösterreich geben, der zweite Platz vor der SPÖ ist durchaus ambitioniert, aber in greifbarer Nähe. Ich traue SPÖ und ÖVP nicht zu, den Stillstand vorher zu beenden“, so Haimbuchner.



„Oberösterreich vor Terror schützen“

„Terrorisiert sie, bis sie vor Angst nicht mehr schlafen können. Es stehen Waffen und Autos zu Verfügung, um dieses Ziel zu erreichen. Vergiftet das Wasser und das Essen der Feinde Allahs. Spuckt ihnen ins Gesicht und überfährt sie mit euren Autos. Tut was auch immer nötig ist, um sie zu erniedrigen, denn das ist es, was sie verdient haben.“ – Das sind die erschreckenden Worte, mit denen derzeit Islamisten im Internet zu Anschlägen gegen Ungläubige in Europa aufrufen. In einem anderen Aufruf wird gefordert, die Ungläubigen in Österreich und Deutschland „abzuschlachten“.



Verkehrsknotenpunkte oder Kraftwerke. Anti-Terror-Übungen in Wien haben gezeigt, dass Österreich nur schlecht auf Terrorbedrohungen vorbereitet ist. Der Schutz kritischer Infrastruktur kann nicht gewährleistet werden. Schuld daran ist neben mangelnder Ausrüstung und zu wenig Personal auch die mangelnde Kooperationsfähigkeit der unterschiedlichen Organisationen.

Es besteht die Gefahr, dass Terroristen diese Schwächen ausnutzen könnten. Steinkellner fordert daher die Landesregierung auf, dem Landtag über das Sicherheitskonzept des Landes für den Fall einer terroristischen Bedrohung zu berichten.

Beruhigt kann nur der sein, der auch keinen Plan für schlechte Zeiten hat, kommentiert Klubobmann Günther Steinkellner die steigende Terrorgefahr in Europa. „Man darf sich nicht zu Tode fürchten und es gibt keinen Grund zur Panik, aber man muss die Zeichen der Zeit erkennen und rechtzeitig reagieren. Dass die Gefahr von Anschlägen massiv gestiegen ist, ist ein Faktum. Ebenso wie die Tatsache, dass wir es mit gefährlichen Gegnern mit militärischer Ausbildung und Erfahrung zu tun haben.“

■ Prävention ist das Gebot der Stunde

Unsere Gesellschaft ist vernetzter und technologisierter als je zuvor. Das macht sie allerdings auch anfällig für Störaktionen und Anschläge. Das wissen auch die Feinde unserer freien Gesellschaft. „Auf derartige Bedrohungen muss man sich gründlich vorbereiten und die passenden Pläne für den Ernstfall in der Schublade

liegen haben. Erst zu reagieren, wenn etwas passiert ist, wäre verantwortungslos gegenüber den Menschen dieses Landes“, hält Steinkellner fest.

Oberösterreich verfügt über einen hohen Anteil an „kritischer Infrastruktur“. Darunter versteht man Einrichtungen, die von besonderer Wichtigkeit für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind, wie etwa Krankenhäuser, Bahnhöfe,



KO Mag. Günther Steinkellner

Badumbau fördern

Der Einbau von Liften zur Verbesserung der Wohnsituation für beeinträchtigte Menschen wird gefördert. Oftmals fehlt aber Senioren und Behinderten in den eigenen vier Wänden die Barrierefreiheit in den Bädern. „Die tägliche Körperpflege wird so zu einer großen Herausforderung“, verweist FPÖ-Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl darauf, dass aus diesem Grund oftmals die betroffenen Personen ihre Wohnungen aufgeben und in Einrichtungen mit betreubarem Wohnen bzw. in Seniorenheime übersiedeln müssen.

„Damit sie nicht die gewohnte Umgebung verlassen müssen, sollte die Stadt Wels den barrierefreien bzw. senioren- gerechten Badumbau für Senioren ab

dem vollendeten 70. Lebensjahr und für Pflegegeld-Bezieher ab der Stufe 2 fördern“, nennt Rabl in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem 3. NR-Präsidenten Norbert Hofer auch die konkret geforderte Förderhöhe: Es soll aus FPÖ-Sicht einen einmaligen Zuschuss von zwei Drittel der Badumbaukosten (max. 10.000 Euro der Bruttoumbaukosten) geben. Der Welsener Wohnbaureferent Rabl ist davon überzeugt, dass neben den bereits geltenden Förderrichtlinien für den nachträglichen Lifteinbau hiermit Senioren und beeinträchtigten Menschen ein Leben in ihrer gewohnten Umgebung ermöglicht werden kann.



Vizebürgermeister Andreas Rabl und 3. NR-Präsident Norbert Hofer: „Für Personen mit Beeinträchtigung ist der Alltag oft nicht leicht. Daher müssen wir dieser Gruppe gewisse Erleichterungen und Hilfestellungen bieten.“

„Saison-Flüchtlinge“ aus dem Kosovo

Kosovaren waren im Jänner die stärkste Flüchtlingsgruppe österreichweit. 1.029 Asylansuchen wurden von Bürgern aus der ehemaligen serbischen Provinz gestellt und damit sogar mehr als von Bewohnern des Bürgerkriegslandes Syrien.

Besonderes Detail: Allein in Linz wurden Ende Jänner rund 200 Kosovaren unter anderem aus Zügen am Linzer Hauptbahnhof auf dem Weg nach Deutschland gestoppt. Alle haben einen Asylantrag gestellt, der aber – weil der Kosovo als sicher gilt – abgelehnt wird.

„Wie können binnen weniger Tage so viele illegale Grenzgänger aus dem Kosovo mitten in Linz am Bahnhof auftauchen? Dieser alarmierende Zustand für die Staatskasse und die Sicherheit muss schleunigst ein Ende haben“, fordert der Linzer Sicherheitsstadtrat Detlef Wimmer. „Jene, die aus dem Kosovo nach Österreich kommen, wollen eigenen Angaben entsprechend zumindest hier



überwintern und bleiben auf Steuerzahlerkosten“, kritisiert FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner. Er fordert, dass dieses Saison-Problem rasch unterbunden wird. Faktum ist: Egal welche Route die Kosovaren wählen, sie durchqueren zuvor ein anderes EU-Land. Daher kann der Entscheid beim Zulassungsverfahren nur sein, dass sie – je nach Reiseroute – etwa nach Slowenien, Ungarn oder Italien geschickt werden. Die Suche nach Quartieren für Schutzsuchende stellt seit Monaten auch Oberösterreich vor Herausforderungen. „Schutzsuchende sollen Hilfe bekommen, wenn sie Asyl brauchen. Aber dieses Überwintern auf Kosten der Österreicher in Höhe von mehreren 10.000 Euro allein in Oberösterreich, muss umgehend unterbunden werden“, so Haimbuchner.

Alarmierende Studie

In Österreich ist der islamische Fundamentalismus besonders stark vertreten.

73 Prozent der befragten Muslime geben an, dass ihnen die Scharia wichtiger sei als unsere staatlichen Gesetze – so die Ergebnisse einer europaweiten Studie. Dabei handelt es sich um Auswirkungen der unkontrollierten Zuwanderung aus kulturfremden und bildungsfernen Schichten. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, fordern wir Freiheitliche ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Sanktionierung von Integrationsverweigerung. Weigern sich Migranten beharrlich, sich in unsere Gesellschaft einzugliedern, oder stellen sie sich eindeutig gegen die demokratische Grundordnung, müssen ihnen die Sozialleistungen entzogen werden.



Millionenschaden durch E-Card-Missbrauch

Im Jahr 2005 wurde für den Bezug von Sozialversicherungsleistungen im Gesundheitswesen die E-Card eingeführt. Derzeit gibt es in Österreich rund 8,4 Millionen aktive Karten.

Weil darauf kein Foto angebracht ist, kann die Krankenversicherungskarte nahezu problemlos weitergegeben und missbräuchlich verwendet werden. So machte sich etwa ein aus Gambia stammender Mann die Versicherungskarte seines Landsmannes für medizinische Behandlungen zu Nutze. Ein Team der Wiener Gebietskrankenkasse hat in zwei Jahren 325 Betrugsfälle mit der E-Card aufgedeckt. Der Schaden soll rund 1,2 Millionen Euro betragen. Geld, das in anderen Bereichen des Gesundheitswesens für die Sicherstellung der Patientenversorgung dringend gebraucht wird. Neben dem finanziellen Schaden birgt der Kartenmissbrauch aber auch die Gefahr falscher Diagnosen aufgrund unter-

schiedlicher Gesundheitsdaten aller Personen, welche die Karte benutzen.

Die Forderung der Freiheitlichen, ein Lichtbild auf der E-Card anzubringen und somit den Missbrauch einzudämmen, scheiterte bislang am Widerstand der Regierung: zu teuer und umständlich sei das. Für FPÖ-Gesundheitssprecherin Brigitte Povysil ist diese Verweigerungshaltung unverständlich: „In vielen anderen Bereichen sind Mitgliedskarten mit Lichtbildern ausgestattet.“ Povysil hofft nun auf ein Umdenken bei den Regierungsparteien. Im Jahr 2013 wurden nach Informationen des Hauptverbandes übrigens genau 48.021 Karten als gestohlen gemeldet. Weitere 158.224 Karten wurden als verloren registriert.



Oberösterreicher haben Angst vor Islamisierung

67 Prozent der Oberösterreicher sehen in der Islamisierung eine reale Bedrohung. Zu diesem Schluss kommt eine von der FPÖ in Auftrag gegebene Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OGM vom Jänner, die Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner in einer Pressekonferenz präsentierte.

Demnach sprechen sich 68 Prozent der 731 Befragten für eine stärkere Überwachung von Moscheen und Gebetshäusern aus. 57 Prozent lehnen Koran-Verteilaktionen, wie sie auch in Linz und anderen Städten bereits stattgefunden haben, ab. Zwei Drittel der Oberösterreicher geben an, dass die Integration von muslimischen Zuwanderern in Oberösterreich nicht gelungen ist. „Die zunehmende Islamisierung Europas und die Angst vor der Radikalisierung von Muslimen sind seit Wochen aktuell“, erklärt Haimbuchner. Er verweist darauf, dass die Umfrage in den Tagen rund um die Pariser Anschläge durchgeführt wurde. Das habe sicherlich zu einer Beeinflussung geführt, dennoch untermauern für den FPÖ-Landeschef die Ergebnisse die Sorge der Bevölkerung vor der Islamisierung.

FPÖ fordert Zuwanderungsstopp

Für Haimbuchner ist durch das Umfrageergebnis die Forderung nach einem Stopp der Zuwanderung aus dem afrikanischen und muslimischen Kulturraum berechtigt. „Wir brauchen für die Integration der in Österreich lebenden Muslime klare Regeln. Das muss auch mit Sanktionen kombiniert werden“, fordert Haimbuchner.

Eine Möglichkeit sei für ihn, Integrationsunwilligen die Sozialhilfe zu streichen. „Wir brauchen klare Regeln und Sanktionen. Denn ohne Strafen sind Regeln zahn- und wirkungslos“, sagt der freiheitliche Landesparteiobmann.

Auf der anderen Seite sollen jene Zuwanderer unterstützt werden, die zur Gesellschaft in Österreich gehören wollen.



Mehrheit hält Integration für „nicht gelungen“

Sechs von zehn Oberösterreichern sagen, dass die Integration von Zuwanderern nicht gelungen ist. Das zeigt eine aktuelle Umfrage im Auftrag der FPÖ Oberösterreich. Der freiheitliche Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner hält aufgrund der Umfrage-Ergebnisse „die Politik von SPÖ und ÖVP für gescheitert“.

Bei der Umfrage Anfang Jänner wurden 731 wahlberechtigte Oberösterreicher befragt. Dabei gaben 61 Prozent an, dass die Integration von Zuwanderern im Großen und Ganzen nicht gelungen ist. 84 Prozent, also eine überwiegende Mehrheit, ist dafür, dass der Erhalt von sozialen Leistungen für Zuwanderer von deren Bereitschaft zur Integration abhängig gemacht werden sollte. Und 51 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, dass In-

tegrationsmaßnahmen wie Deutschkurse ausgeweitet werden sollen.

■ Schnelle Abschiebung von Scheinasylanten

Der FPÖ-Landeschef verweist darauf, dass allein im Jänner fast 4.000 Asylanträge in Österreich gestellt wurden. Das ist ein Anstieg um 161 Prozent im Vergleich zum Jänner des Vorjahres. „Das zeigt: Das Schengenabkommen, zuständig für die Kontrolle der EU-Grenzen, funktioniert nicht“, kritisiert Haimbuchner und for-

dert erneut Asylschnellverfahren zur Abschiebung von Scheinasylanten. Immerhin wurden im Jahr 2013 von 17.503 Asylanträgen lediglich 24 Prozent positiv entschieden.

■ Familienbeihilfe entziehen

Einmal mehr fordert Haimbuchner auch, „Zuwanderer-Eltern, deren Kinder notorisch der Schule fern bleiben, die Familienbeihilfe zu entziehen“. Und jene Drittstaatsangehörige, aber auch EU-Bürger, die längere Zeit arbeitslos sind, sollen ausgewiesen werden. Generell sei zu erkennen, dass die Bürger punkto dem Thema Asyl gesättigt sind. „Immerhin sagen 78 Prozent, dass der Beitrag Österreichs zur Versorgung von Asylwerbern ausreichend bzw. übermäßig ist“, so Haimbuchner.

Parallelgesellschaften gibt es schon längst – vor allem in Linz, Wels oder Traun. Hier zeigen sich klar die Versäumnisse punkto Integration. Wozu auch: der Alltag kann durch die Ghettobildung in der eigenen Muttersprache erledigt werden, etwa beim Einkauf. Wozu Deutsch lernen, wenn der türkische Greißler eh vor Ort ist?

Integration ist eine Bringschuld der Einwanderer. Wer zu uns kommt, muss klar sagen: Ich will ein Teil eurer Gesellschaft werden. Viele Zuwanderer jedoch haben keine Zugang zu unserer Kultur, zur westlichen Welt gefunden. Die Gründe dafür sind vielseitig: eine altertümliche Familienordnung, tradierte Ri-

sogar noch weiter: Viele seien zu träge, die deutsche Sprache zu lernen oder ihre Kinder zu fördern. Zuwanderer wollen zwar, dass ihre Kinder Ärzte oder Piloten werden, sie tun aber laut Buschkowsky nichts dafür. Klappt es nicht, sind die Deutschen schuld, die sie diskriminieren.

den Werteordnungen in Deutschland geleistet.“ Was es aber gibt, egal ob in Berlin oder in Österreich: den wachsenden Druck vonseiten der Islamisten. Mädchen werden auf Flugblättern in Berlin aufgefordert, sich muslimisch zu kleiden. In der deutschen Bundeshauptstadt gibt es sogar schon Fahrschulen für muslimische Frauen ohne männliche Fahrlehrer. Gegen Schulhausmeister, die während des Mädchen-Sportunterrichts in der Turnhalle arbeiten, werden Disziplinarverfahren eingeleitet.

Parallelgesellschaften

tuale, Überreligiosität, aber auch Analphabetismus und einfach nur Faulheit. Diese Fakten auf den Punkt bringt der scheidende SPD-Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky. In Neukölln liegt der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund bei 42,1 Prozent, der Ausländeranteil bei 22,8 Prozent. Der SPD-Politiker geht

„Der Islam gehört zu Deutschland“, gab es Aussagen führender Politiker im Nachbarland. Ähnliche Wortspenden gab es auch in Österreich. Für den scheidenden SPD-Politiker ist diese Aussage „so was von falsch. Der Beitrag des Islam zu Reformation, Aufklärung und zum Humanismus ist mir nicht präsent. Der Islam hat keinen Beitrag zu

Es ist zu hoffen, dass auf diesen Gebieten Österreich „noch“ eine Insel der Seligen ist. Detail am Rande: Für das klare Nennen der Missstände bekam Buschkowsky Drohungen, nicht von Migranten, sondern aus der militanten linksradikalen Szene.



Aschermittwoch: „Das wird das Jahr der FPÖ“

In der bis auf den letzten Platz gefüllten Rieder Jahnturnhalle gibt es von FP-Landeschef Manfred Haimbuchner eine klare Ansage für die Wahlen im Herbst. „Das wird das Jahr der FPÖ. Die Genossen in Oberösterreich werden ihr blaues Wunder erleben.“

Im Herbst besteht die Möglichkeit, Hausverstand und Normalität zu wählen. Das wird das Jahr der FPÖ in Oberösterreich“, ist Haimbuchner davon überzeugt, dass im Herbst die Freiheitlichen die politische Landschaft umgestalten und zur zweitstärksten Kraft werden. Zum Hausverstand gehöre, „dass Ausländer, die sich nicht anpassen, keine Sozialleistungen erhalten.“

Es wird in Österreich ja heutzutage offenbar schon als empörende Frechheit betrachtet, wenn man sich traut, die Wahrheit zu sagen.

HC Strache

„Wir hatten in Europa noch nie ein Problem mit der Willkommenskultur! Gastarbeiter sind geschätzt und integriert. Flüchtlinge wurden immer aufgenommen! Wir haben in Europa ein ganz anderes Problem: Bei uns gibt es eine fehlende Abschiedskultur, die nötig ist, all jene wieder zurückzuschicken, die Gewalt ausüben, straffällig werden und Integration verweigern!“, kritisiert Haimbuchner und hat in Richtung Linke eine klare Botschaft. „Sie sagen immer wieder, der Islamismus habe nichts mit dem Islam zu tun. Dem halte ich entgegen: Der Alkoholismus hat ja mit Alkohol auch nichts zu tun.“ Auch die ÖVP bekam ihr Fett ab. Haimbuchner: „In Oberösterreich wird von der ÖVP am Sonntag der Trach-

Die SPÖ wird heuer in Oberösterreich ihr blaues Wunder erleben!

Manfred Haimbuchner

tenanzug bemüht. Montags stimmt man dann in Wien für die Adoption von Kindern für homosexuelle Paare. Das ist die Doppelbödigkeit der ÖVP.

Damit ihr mich richtig versteht: Sexualität ist Privatsache und das soll auch so bleiben! Wenn es um die Adoption von Kindern für gleichgeschlechtliche Paare geht, hört sich aber der Spaß auf!“ „Wer nicht bereit ist, sich unserer Gesellschaft anzupassen, muss Sanktionen verspüren. Wer nicht bereit ist, die deutsche Sprache zu



„Ich bin einfach dafür, dass der Hausverstand wieder in die Politik zurückkehrt. Manchmal hat man das Gefühl, der Hausverstand ist nur mehr bei Billa zu Hause.“





Wir haben in Europa keine fehlende Willkommenskultur - bei uns gibt es eine fehlende Abschiedskultur!

Manfred Haimbuchner

erlernen, braucht keine Sozialwohnung zu erhalten! Wer seine Kinder nicht in die Schule schickt, dem gehört die Familienbeihilfe gestrichen!", mahnt Haimbuchner längst überfällige Sanktionen ein.

■ Islamismus ist neuer Faschismus

Für FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ist der Islamismus der neue Faschismus, gegen den man Widerstand leisten müsse. Dschihadisten soll aus FP-Sicht die Staatsbürgerschaft entzogen werden, kritisiert der Bundesparteiobmann die Haltung der Bundesregierung: „Wenn man meint, wie ÖVP und SPÖ sagen, der Islam gehört zu Österreich, dann, sage ich, ist das derselbe Schwachsinn, wie wenn man behauptet, die Griechen und Portugiesen gehören in eine Hartwährungszone. Liebe Freunde, der Islam ist kein Teil Österreichs.“

Auch eine Empfehlung für Bundeskanzler Faymann hat Strache parat: „Er könnte doch mit dem Lied ‚Muss i denn zum Kanzleramt hinaus‘ beim Song Contest antreten.“ Sein Parteikollege und Wiener Bürgermeister Häupl habe den von ihm geheim gehaltenen Wahltermin „bei den vielen Spritzern, die der so intus hat, schon längst wieder vergessen“. Der ÖVP attestierte HC Strache verborgene Talente: „Wenn ich mir die Versorgungsposten von Josef Pröll,

Wer nicht bereit ist, sich unserer Gesellschaft anzupassen, muss Sanktion verspüren. Wer nicht bereit ist, die deutsche Sprache zu erlernen, braucht keine Sozialwohnung erhalten!

Manfred Haimbuchner

Michael Spindelegger oder Bandion-Ortner ansehe, dann muss ich schon sagen, die ÖVP vermittelt bessere Jobs als das AMS.“ Kurios sei auch die rege Diskussion über die Bundeshymne bei der SKI-WM in den USA: „Da gewinnen unsere Ski-Asse bei der WM eine Medaille nach der anderen, aber in Österreich wird darüber diskutiert, warum dort die alte, also die richtige Fassung unserer Hymne gesungen wird. Und da wundern wir uns, dass unsere Regierung keiner ernst nimmt?“

Vielleicht gilt in diesem Land jetzt schon jeder, der gegen die Freiheitlichen hetzt, als Künstler.

HC Strache



Die meisten Analphabeten sitzen nicht in den Schulen, sondern auf der Regierungsbank.

HC Strache



„Die ORF-Gebühr ist nur eine besondere Form der Müllgebühr; bei dem, was man da alles geboten bekommt.“



Nein zur Bevormundung der Wirte

Rot und Schwarz planen ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie. Die FPÖ sagt zu dieser Bevormundung klar nein. Erst vor wenigen Jahren investierten Wirte viel Geld in die räumliche Trennung von Raucher- und Nichtraucherbereich in ihren Lokalen. „Die Wirte sollen selbst entscheiden können, ob sie ein Raucherlokal führen wollen oder nicht“, so die deutliche Haltung der FPÖ.

FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner legt ein klares Bekenntnis für mehr Eigenverantwortung ab. „Was kommt als Nächstes? Will man uns in Zukunft vorschreiben, wieviel Bier wir trinken und wieviel Brat'l wir essen dürfen“, ersetzt für den FP-Landeschef „ein Wirt mindestens zehn Psychologen.“

Nicht vergessen werden darf, dass es in der Gastronomie auch um hunderttausende Arbeitsplätze geht. Es ist zu befürchten, dass ein Rauchverbot sich auf den ohnehin angespannten Arbeitsmarkt negativ auswirkt. Interessant ist auch die Haltung der ÖVP in Oberösterreich: „Vermutlich wegen der anstehenden Wirtschaftskammerwahl treten die ÖVP-Landesräte Strugl und Hiegelsberger

gegen ein absolutes Rauchverbot ein“, sind für FP-Tourismussprecher NAbg.

Mag. Roman Haider „reine Lippenbekennnisse.“



Mogelei bei AMS-Statistik:

Tausende unberücksichtigt

Tausende „jobfähige“ Menschen werden nicht in die Arbeitslosenstatistik eingerechnet. Das zeigt das Ergebnis einer Anfrage der FPÖ an Wirtschaftslandesrat Michael Strugl (ÖVP). Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die weder arbeiten noch aktiv einen Job suchen, werden in den Statistiken des AMS nicht berücksichtigt, weil sie „dem Arbeitsmarkt gewöhnlich nicht zur Verfügung stehen“, heißt es laut Anfragebeantwortung.

Etwa sind das jene Personen, die in Schulungen oder in Frühpension sind. Dazu kommen noch Präsenz- oder Zivildienstleistende sowie Personen, die einfach vom Arbeitsmarkt „verschwinden“.

Die „Agenda Austria“ stellte in ihren Untersuchungen fest, dass zwar alle Länder bei ihren Statistiken tricksen, aber Österreich den Spielraum auffällig gut ausnützt. Allein 250.000 „ver-

steckte Arbeitslose“ soll es hierzulande geben. Davon sind die meisten zwischen 55 und 64 Jahre alt. „Die Zahlen werden also jedes Mal geschönt. Für mich ist es unverständlich, warum man das macht. Das hilft uns doch überhaupt nicht weiter“, kritisiert FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner. Man müsse die echten Zahlen kennen und wissen, in welcher Gruppe es krankt, um entsprechende Gegenmaßnahmen setzen zu können. „Ich werde auf diesem Thema weiter drauf bleiben und versuchen, die anderen Fraktionen zu überzeugen, unsere Initiativen zu unterstützen“, so Steinkellner.



Ausländeranteil in Linz steigt dramatisch

Mit 1. Jänner 2015 haben in Linz fast 40.000 Menschen ohne österreichischen Pass aus 149 Nationen ihren Hauptwohnsitz in Linz. Waren es vor sechs Jahren 14 Prozent, so gibt es in Linz nunmehr 19 Prozent Ausländeranteil.

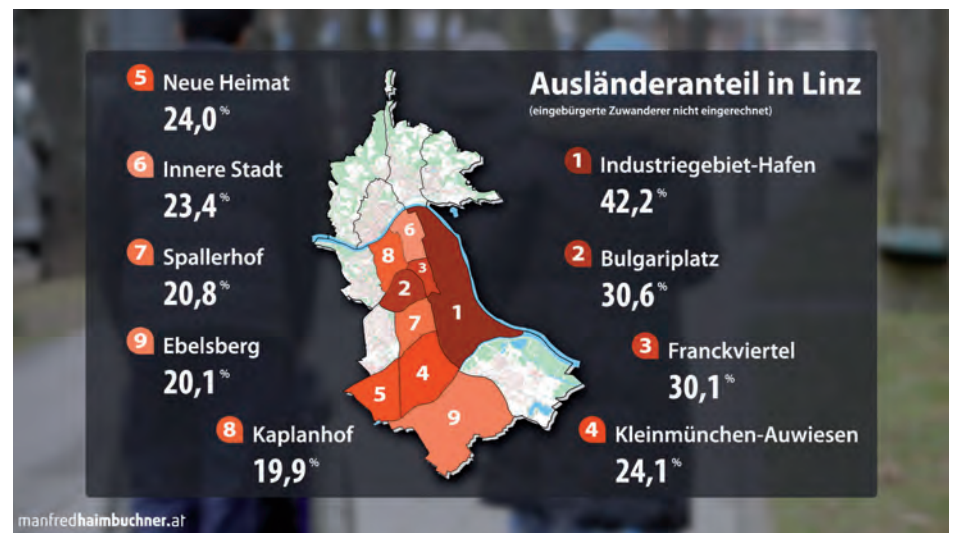
Für die Linzer FPÖ ist die Entwicklung besorgniserregend: „Das Boot ist voll! Rot-Grün hat die Zuwanderung an den Rand der Verträglichkeit getrieben und verlangt von uns Linzern viel ab. Die Masseneinwanderung gefährdet nicht nur den sozialen Frieden, sie hat noch weitere negative Folgen.“

Auswirkungen gibt es in vielen Bereichen: Die Ausländerarbeitslosigkeit ist hoch und belastet unser Sozialsystem stark. Allein im Jahr 2014 gab es ein Plus um 31,5 Prozent. Auch die deutsche Sprache als Muttersprache wird an den Linzer Schulen verdrängt. Goethe-, Grillparzer-, Otto-Glöckl- und Stelzhamerschule: In all diesen gibt es Schulklassen, die ausschließlich von Kindern besucht werden, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. In ganz Linz gibt es mittlerweile 16 Schulklassen, die zu 100 Prozent aus Kindern mit nicht deutscher Muttersprache bestehen.

In manch anderen Städten, vor allem im Ballungsraum, schaut es sicher ähnlich aus. Die FPÖ fordert jetzt zum Schutz der eigenen Bevölkerung einen raschen Zuwanderungsstopp und eine umfassende Förderung heimischer Familien. „Sonst werden wir – wie es Studien bereits vor-

hersagen – in wenigen Jahren zur Minderheit in der eigenen Stadt!“

Die offiziellen Daten der Linzer Stadtteile zeigen einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil (eingebürgerte Zuwanderer sind nicht eingerechnet):



Naturschutz:

2015 ist Jahr des Artenschutzes

Rund 250 bis 300 Tierarten sind in Oberösterreich vom Aussterben bedroht. Um darauf aufmerksam zu machen, gibt es nunmehr ein umfangreiches Programm zum Schutz bedrohter, heimischer Arten. Dieses wurde von Naturschutzlandesrat Manfred Haimbuchner kürzlich präsentiert.

Bereits auf der roten Liste der gefährdeten Tiere steht die Mopsfledermaus. Das auf Grund des runden Körpers und Gesichts an die bekannten Hunde erinnernde Tier steht vor dem Aussterben auf Grund von mit Pflanzenschutzmittel vergifteter Insekten. „Um auf ihr Aussterben

aufmerksam zu machen, ist diese Mopsfledermaus nunmehr einer der Botschafter des Artenschutzes in Oberösterreich“, nennt Haimbuchner jedoch noch weitere Tiere, die in den nächsten Jahren verschwinden könnten: Steinkrebs, Flussperlmuschel oder Braunkelchen. Bei den

Pflanzenarten ist der Böhmisches Enzian bedroht, der nur in der Böhmerwaldregion vorkommt. „Wir müssen die Artenvielfalt in Oberösterreich schützen. Daher ist es nötig, das Verständnis für bedrohte Natur und bedrohte Tiere zu fördern“, kann sich der Naturschutzreferent vorstellen, Biotop zu fördern oder Vereinbarungen zu treffen, dass bestimmte Wiesen nur ein Mal gemäht werden. Zudem wird eine Beratung bei der Naturraumgestaltung angeboten, welchen Pflanzen etwa der Vorzug gegeben werden sollte. „Wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit der Land- und Forstwirtschaft, damit wir den Naturraum für die Tiere sichern können“, so Haimbuchner.



Nein zum absoluten Rauchverbot



SPÖ und ÖVP wollen ein totales Rauchverbot gegen die österreichischen Bürger durchsetzen. Dies soll von den Gastronomie- und Tourismusbetrieben über die eigene Wohnung bis hin zum eigenen Auto reichen.

Anstatt Gastronomen und Konsumenten die Wahlfreiheit zu lassen, ob sie ein Nichtraucherlokal, ein Raucherlokal oder ein Lokal mit Nichtraucher- und Raucherbereich betreiben bzw. besuchen wollen, verordnet man in staatssozialistischer Manier wieder einmal von oben herab, was das Beste sein soll. Dies wird in der Folge zu massiven Verlusten bei Umsatz und Deckungsbeiträgen führen. Darüber hinaus werden die Gastromomen kalt enteignet, indem man die von ihnen getätigten Investitionen in den Nichtraucherschutz durch Umbauten in der Höhe von mehr als 100 Millionen Euro vernichtet.

Die FPÖ steht für die Wahlfreiheit der Konsumenten und Gastronomen beim Nichtraucherschutz. Es soll Lokalbesuchern und Lokalbetreibern überlassen bleiben, ob sie auf der Grundlage der derzeitigen Rechtslage ein Nichtraucherlokal, ein Raucherlokal oder ein Lokal mit Nichtraucher- und Raucherbereich wollen. Gleichzeitig soll es

Daher fordern wir:

- Gastronomen sollen selbst entscheiden, ob sie ein Nichtraucherlokal, ein Raucherlokal oder ein Lokal mit Nichtraucher- und Raucherbereich betreiben
- Konsumenten, die Raucher sind, sollen weiterhin die Möglichkeit erhalten, Lokale zu besuchen, wo eine Rauchmöglichkeit besteht
- Bürger sollen selbst entscheiden, ob sie in den eigenen vier Wänden, auf dem Balkon und im Garten oder im eigenen PKW rauchen oder nicht
- Bürger sollen weiterhin im öffentlichen Raum, d. h. auf der Straße und

den Bürgern in Eigenverantwortung überlassen bleiben, ob sie in ihren eigenen vier Wänden bzw. auf ihrem eigenen Balkon oder in ihrem eigenen PKW rauchen. Auch im öffentlichen Raum, d. h. auf der Straße

- in Parkanlagen usw. eine Rauchmöglichkeit garantiert bekommen. Dies ist im Hinblick auf den Umweltschutz mit einer entsprechenden Anbringung von öffentlichen Aschenbechern zu gewährleisten.
- Öffentlich zugängliche Tabakwarenautomaten mit Jugendschutz, d. h. Tabakwarenentnahme erst ab dem vollendeten 16. Lebensjahr, sollen weiterhin erhalten werden. Diese Tabakwarenautomaten sollen aus Jugendschutzgründen wie bisher den Trafikanten bzw. Gastronomen exklusiv vorbehalten bleiben.

und in Parkanlagen usw. soll weiterhin eine Rauchmöglichkeit gegeben sein.

Die Rauchverbot-Befürworter erwecken den Eindruck, dass wir gegen Nichtraucherschutz seien, uns für das Rauchen einsetzen oder gar die gesundheitsgefährdende Wirkung von Tabakkonsum verharmlosen. Im Gegenteil: Uns geht es darum, die Wahlfreiheit für mündige Bürger zu erhalten. Und es muss Rechtssicherheit geben – Stichwort: Investitionen von Gastwirten in den Nichtraucherschutz. Kommt es zur geplanten Verschärfung, werden tausende Arbeitsplätze in Gastronomie, Trafiken und Tankstellenshops gefährdet. Dazu sagen wir NEIN.

Impressum: MIH FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Redaktion: B. Thurner, B. Haim, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZOÖ – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landespartei-Vorstand: M. Haimbuchner, G. Deimek, A. Gradauer, H. Hackl, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klinger, H. Mahr, A. Nerat, D. Schiebl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, A. Affenzeller, C. Hartwagner, P. Bahn, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß. Grundlegende Richtung: Programm der FPÖ und Beschlüsse der Organe der FPÖ

SPÖ war im Dornröschenschlaf

„In den vergangenen Wochen häufen sich die politischen Panikattacken der SPÖ. Mit einem Uralt-Konzept wollen die Genossen – wieder einmal – unsere erfolgreiche freiheitliche Wohnbaupolitik anpatzen“, so FPÖ-Landesparteiobmann LR Dr. Manfred Haimbuchner.

Konkret will die SPÖ mit einem Gegenkonzept aus der Mottenkiste gegen das erfolgreiche Projekt „Junges Wohnen“ punkten. Geht es nach den Genossen, sollen junge Menschen leerstehende Wohnungen mittels Zuschuss günstiger mieten können. „Die sozialistische Idee hat jedoch zwei Kardinalfehler: Natürlich gibt es nicht überall Wohnungen, die man einfach so zur Verfügung stellen kann. Und nicht unwesentlich ist, dass man die Kosten – da geht es um Steuergelder – nicht kalkulieren kann“, betont Haimbuchner.

Das Projekt ‚Junges Wohnen‘ ist ein nachhaltiges Projekt und nicht aus der Hüfte geschossen. „30 Jahre lang ver-

harrte die SPÖ in diesem Bereich im Dornröschenschlaf, war sie doch bis 2009 für den Wohnbau zuständig.

Mir ist es bereits in meiner ersten Amtszeit gelungen, dass in Zukunft gemeinsam mit den Genossenschaften und Gemeinden junge Menschen einen

leichteren Start ins eigenständige Leben in den eigenen vier Wänden möglich wird“, so Haimbuchner in Richtung SPÖ.

Die FPÖ will maßgeschneiderte, leistbare Wohnungen für die Jungen errichten – und nicht wie die SPÖ Uraltwohnungen solange mit Steuergeld bezuschussen, bis sie für Junge wieder erschwinglich sind. „Das wäre ungefähr so, als würde man einem Jungen einen alten Spritfresser schenken und das Benzingeld gleich dazu“, bietet Haimbuchner einen Kompaktwagen an, den sich junge Menschen aus eigener Kraft leisten können sollen. „Wir bauen Wohnungen, die für die Jungen leistbar sind, damit sie eben keine Sonderzahlungen benötigen.“



Petition **NEIN** zum **ABSOLUTEN RAUCHVERBOT!**

Name	Anschrift	Geburtstag	Datum	Unterschrift

Bitte einsenden an: FPÖ Oberösterreich
Landesgeschäftsstelle, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Sie können auch online unterschreiben: www.nein-zum-absoluten-rauchverbot.at

Crystal Meth auf dem Vormarsch

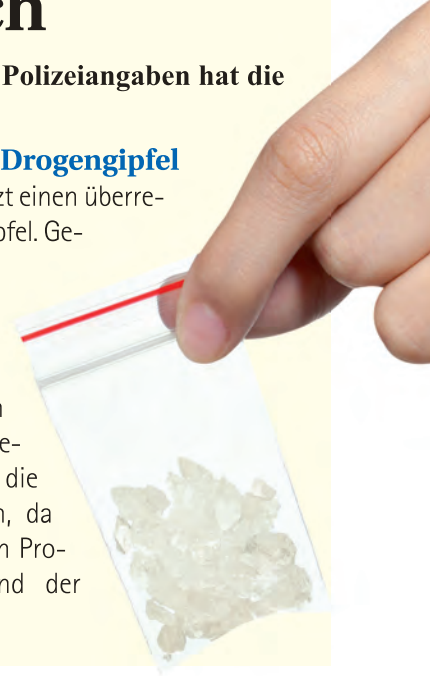
Die Zahl der Crystal Meth-Konsumenten in Oberösterreich steigt dramatisch. Laut Polizeiangaben hat die Droge das Potenzial, Cannabis als Nummer 1 abzulösen.

Crystal Meth ist eine äußerst gefährliche Droge. Sie führt binnen kürzester Zeit zu Schäden am Gehirn und den inneren Organen. Nicht selten hat der Konsum auch psychische Auswirkungen. Hauptbezugsquelle für das „Teufelszeug“ sind Medienberichten zufolge die tschechischen Vietnamesen-Märkte wie etwa jene in Vyssi Brod (Hohenfurt) in Grenznähe zu Bad Leonfelden. Crystal Meth ist vergleichsweise schnell verfügbar und besonders günstig. Zwischen 30 und 40

Euro kostet ein Gramm an der Grenze. Der Preis ist für die steigende Zahl der Süchtigen maßgeblich mitverantwortlich. Im Jahre 2013 wurden alleine 1.197 Ersttäter erfasst und die sichergestellte Menge an Crystal Meth verdoppelte sich im Vergleich zum Jahr 2012 auf 7,57 Kilogramm. „Besonders erschreckend sind jedoch die verheerenden gesundheitlichen Folgen dieses Konsums“, zeigt die freiheitliche Landtagsabgeordnete Brigitte Povysil auf.

■ FPÖ fordert Drogengipfel

Die FPÖ fordert jetzt einen überregionalen Drogengipfel. Gemeinsam sollen Strategien gegen den steigenden Konsum gefunden werden. Neben Vertretern aus Tschechien sollen auch die Bayern dabei sein, da diese vor ähnlichen Problemen auf Grund der Grenznähe stehen.



Milliarden-Nettozahler in der EU

„Wir sind die Melkkühe in Europa“, fasst Günther Steinkellner, Klubobmann der FPÖ Oberösterreich, den neuen Rechnungshofbericht zusammen.

Österreich zahlt mittlerweile über eine Milliarde Euro mehr nach Brüssel, als an Förderungen wieder zurückfließen. Oberösterreich ist von dieser Schieflage besonders betroffen. Laut dem Bericht fließen zum Beispiel im Bereich der Agrar- und Strukturfondsförderungen lediglich 18,7 Prozent nach Oberösterreich. „Aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und schwächelnder Wirtschaft wäre jeder investierte Euro in unserem Land wichtiger als Milliarden an Hilfszahlungen in irgendwelche dunklen Kanäle in Brüssel oder in Fässer ohne Boden wie Griechenland“, fordert Steinkellner ein Ende der EU-Geldverschwendung. Die Beitragszahlungen müssten sich wieder auf ein erträgliches Maß einpendeln, alles andere sei ein Verrat am österreichischen Steuerzahler.



Rekordarbeitslosigkeit:

Zugang zum Arbeitsmarkt einschränken!

Im Jänner waren 50.860 Menschen (7,7 Prozent) in Oberösterreich beschäftigt. Das ist ein Anstieg um 0,4 Prozent im Vergleich zum Jänner 2014. Österreicherweit sind 472.539 Personen auf Arbeitssuche, das entspricht einer Rate von 10,5 Prozent.

Für FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner sprechen die aktuellen Zahlen eine deutliche Sprache. „Die Anzahl der Erwerbstätigen nimmt zwar zu, gleichzeitig steigt aber die Zahl der Beschäftigungslosen“, kritisiert Haimbuchner, dass Sozialminister Hundstorfer sich nach wie vor weigert, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. „Grund dafür ist, dass nach wie vor eine Zuwanderung in unser Sozialsystem stattfindet. Dem muss endlich entgegengesteuert werden“, so die Forderung des FPÖ-Landesparteiobmannes.

buchner dafür aus, dass ausländische Staatsbürger – auch EU-Bürger – nach einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit ausreisen müssen. „Eine spätere Rückkehr im Falle einer deutlichen Erholung des Arbeitsmarktes wäre ja ohne Weiteres möglich.“ Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich mehr als verdoppelt. „Es ist alarmierend, dass es hier einen Zuwachs um 132,5 Prozent gibt“, fordert der oberösterreichische FPÖ-Landeschef eine deutliche Senkung der Steuerlast für alle Einkommensschichten.

Laut vorliegenden Daten ist die Zahl der ausländischen Staatsbürger ohne Arbeit um 19 Prozent gestiegen. Damit liegt diese Gruppe deutlich über dem durchschnittlichen Gesamtzuwachs. „Wir müssen endlich der Realität ins Auge sehen und dafür sorgen, dass unser Arbeitsmarkt entlastet wird“, spricht sich Haim-

